Medienmitteilung
Bern, 25. November 2026

KMU müssen vor Nachhaltigkeitsbürokratie geschützt werden

Die heute vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zum Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung (NUFG) trägt in diversen Punkten der Kritik aus der Vernehmlassung Rechnung. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt das Gesetz dennoch weiterhin ab. Die Konzernverantwortungsinitiative 2.0 soll jetzt dem Volk vorgelegt werden. Statt einen Gegenvorschlag braucht es einen Schutz der KMU vor Nachhaltigkeitsbürokratie – egal, ob sie aus der EU, aus Bern oder aus den Einkaufsabteilungen der Grosskonzerne kommt.

Gemäss Bundesrat gelten die Sorgfaltspflichten des NUFG für 30 bis höchstens 60 Grossunternehmen, die Nachhaltigkeitsberichterstattung für rund 110. Die Last tragen aber die KMU in deren Lieferketten: Grossabnehmer verlangen von ihnen immer mehr Angaben zur CO_2-Bilanz, zu Menschenrechten und Umweltstandards, dazu Zertifikate und aufwändige Audits. Schon heute ist das die Folge der EU-Regulierung, des Gegenvorschlags zur ersten Konzernverantwortungsinitiative und privater Vorgaben von Grosskonzernen an ihre Lieferanten.

Der Bundesrat verweist darauf, dass er zur Entlastung der KMU die Pflichten der Konzerne zur Unterstützung kleinerer Geschäftspartner präzisiert habe. Am Grundproblem ändert das wenig: Grossunternehmen sollen gemäss NUFG von ihren direkten Geschäftspartnern Zusicherungen zur Einhaltung ihres Verhaltenskodex einholen (Art. 6 Abs. 2 Bst. c), und die Geschäftspartner bleiben gesetzlich auskunftspflichtig (Art. 6 Abs. 7). Das schafft Anreize, weitere Nachweise, Vertragsklauseln und Kontrollen in die Lieferkette zu tragen.

«Kontroll-Kartell» von Staat, Konzernen und NGO

Aus Sicht des sgv zeichnet sich im Bereich der Nachhaltigkeit immer mehr ein «Kontroll-Kartell» ab: Dazu gehören nebst den Regulierern in der Politik auch Grosskonzerne, die dank ihrer Marktmacht eigene Standards durchsetzen, Kosten auf KMU abwälzen und Markteintrittsbarrieren erhöhen. Das dürfte auch einer der Gründe dafür gewesen sein, dass in der EU zahlreiche Grosskonzerne sich aktiv für mehr Nachhaltigkeitsregulierung eingesetzt haben. Vervollständigt wird das «Kontroll-Kartell» durch NGO, die auf immer weitergehende Regeln drängen. Die Zeche bezahlen am Schluss die KMU.

Der sgv erwartet, dass Konzerne ihre Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt wahrnehmen. Ein neues Gesetz mit zusätzlichen Berichts-, Prüf- und Aufsichtspflichten – inklusive externer Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte und Aufblähung des Behördenapparats – ist aber unverhältnismässig.

KMU brauchen einen Schutz, den sie durchsetzen können

Der Entwurf für das NUFG sieht – ähnlich wie das EU-Recht – bis zu einem gewissen Grad einen Schutz von KMU vor übertriebenen Datenlieferungen an Konzerne sowie Unterstützungspflichten vor. Dieses Ziel ist grundsätzlich zu begrüssen. Allerdings ist damit auch das Risiko einer Erhöhung der Abhängigkeit der KMU von Grosskunden verbunden, wenn letztere beispielsweise Systeme, die nur für ihr eigenes Lieferantenportal funktionieren, finanzieren. Schliesslich erlaubt es die Marktmacht der Konzerne, von ihren KMU-Zulieferern aus anderweitig Daten, Berichte, Nachweise, Zertifikate etc. zu verlangen. Darum muss ein Schutzmechanismus auch private Vorgaben einbeziehen. Wer zusätzliche Nachweise oder Audits verlangt, muss die Mehrkosten dafür zahlen. Zudem sollen auch keine Haftungsrisiken auf KMU-Zulieferer überwälzt werden dürfen. Letztlich muss sichergestellt werden, dass KMU unverhältnismässige Forderungen zurückweisen können, ohne bei Aufträgen, Vertragsverlängerungen oder Konditionen benachteiligt zu werden..

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74
Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.